

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 RM. Anzeigenpreis die Spalte, Colonnezeitung für Arbeitslosengehilfe 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 RM.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 535. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Aktionen Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 28.

Duisburg, den 14. Juli 1917.

18. Jahrgang.

## Die Unorganisierten bei den Arbeiterauswahlwahlen.

In Nummer 15 vom 14. April 1917 u. Org. wurde nachgefragt, daß die wirtschaftsrechtliche, gelbe Bewegung bei weitem nicht die Bedeutung hat, wie man der Welt glauben machen möchte. Bei den Arbeiterauswahlwahlen erlebten diese Herrschaften überall glänzende Niederlagen. Die Mitgliederzahlen der wirtschaftsrechtlichen Vereine werden entschieden zu hoch angegeben. In Oberhausen haben wir z. B. festgestellt, daß Arbeiter in den Werkvereinen der G. H. S. aufgenommen wurden, die nicht einmal um ihre Zulassung gefragt waren. Die Beiträge wurden einfach vom Lohn abgebakt. Arbeiter, die längere ihren Austritt erklärt hatten, erhielten ebenfalls noch Beiträge abgebakt und hatten nachher noch Schwierigkeiten zu überwinden, um das Geld zurückzubekommen. Die Führer der wirtschaftlichen Vereine sind nicht berechtigt, solche in die gelben Vereine hineingepreßten Arbeiter als ihre Anhänger zu bezeichnen. Es ist auch eine unüberlegbare Tatsache, daß Mitglieder der gelben Vereine bei den Wahlen in großer Zahl für die Listen der Gewerkschaften gestimmt haben.

Eine große Rolle hat nun auch in den letzten Monaten die Frage der Unorganisierten gespielt. Die Arbeitgeber machten geltend, daß die Unorganisierten von den Bestrebungen der Gewerkschaften angeblich nichts wissen wollten, daß besonders im rheinisch-westfälischen Industriebezirk der Prozentsatz der Unorganisierten im Verhältnis zur Gesamtarbeiterschaft ziemlich groß sei. Die Arbeiterauswahlwahlen bieten auch hier die beste Handhabe, um diesen Eingang der Arbeitgeber zu enttöten. Zunächst sei festgestellt, daß in all den Betrieben, wo neben den Organisierten auch noch eine größere Anzahl unorganisierter Arbeiter in Frage kam, letztere bei den Auswahlwahlen keine Vorkaufslisten gegen die gewerkschaftlichen Listen eingereicht haben. Man nahm es als selbstverständlich hin, daß die Organisierten die Vertretung der gesamten Belegschaft der Werke übernehmen.

In einigen Betrieben sind aber auf Betreiben der Werkleitungen Gegenlisten zustande gekommen. Die Stimmenergebnisse zeigen, daß die Unorganisierten bis auf verschwindend kleine Minderheiten den Gewerkschaften Vertrauen entgegenbringen. Der inneren Ueberzeugung nach stehen die Unorganisierten auf Seiten der Organisierten.

Bei der Maschinenfabrik Thyssen & Co. in Wülfrath war eine derartige Liste von Unorganisierten auf Betreiben der Werkleitung aufgestellt worden. Die Gewerkschaften konnten aus verschiedenen Gründen keine besondere Wahlkataloge entfallen. Trotzdem ist die Liste der Gewerkschaften glatt gewählt worden. Von 9264 wahlberechtigten Arbeitern beteiligten sich 6740 an der Stimmabgabe. Für die Liste der Gewerkschaften stimmten 6136 Arbeiter, die Liste des Werkes erhielt nur 555 Stimmen. Die Gewerkschaften erhielten sämtliche 11 Sitze im Ausschuss. Die Firma wollte durch die Wahl die wahre Stimmung der Arbeiter ermitteln, die Arbeiter haben ihr deutlich Ausdruck verliehen und die Gewerkschaften können mit dem Resultat vollauf zufrieden sein.

Bei den Firmen Rheinische Stahlwerke Akt. Duisburg-Gochfeld, Niederrheinische Hütte Duisburg, Wilcofs und Babcof Oberhausen waren ebenfalls Werklisten aufgestellt worden. Die Wahl bei den Rheinischen Stahlwerken ergab für die gewerkschaftliche Liste 280 Stimmen und 10 Vertreter, für die Liste der Unorganisierten 38 Stimmen und keinen Vertreter.

Bei der Niederrheinischen Hütte Duisburg standen unserer Liste zwei Listen gegenüber. Die gewerkschaftliche Liste erhielt 693 Stimmen und alle 10 Vertreter und die beiden Werklisten zusammen saßen und schrieben eine einzige Stimme.

Die Firma Wilcofs und Babcof Oberhausen wollte unter allen Umständen eine Abstimmung herbeiführen. Obgleich ein Teil der Kandidaten der Werkliste im Voraus die Kandidatur ablehnte und auf der Liste gestrichelt sein wollte, wurde an derselben festgehalten. Bei der Wahl stimmten 121 Arbeiter für die Liste der Gewerkschaften und 24 für die Werkliste. Erstere erhielten 8 und letztere 1 Vertreter. In Anbetracht verschiedener Umstände können auch hier die Gewerkschaften mit dem Resultat vollauf zufrieden sein. Die Arbeiterchaft dieses Werkes war bis vor Kurzem in der Mehrzahl nicht organisiert.

Die angeführten Beispiele zeigen jedem, der ehrlich bestrebt ist, die wahre Stimmung der Arbeiter zu erörtern, daß sich die gewerkschaftlichen Organisationen bei

Ihrer Tätigkeit auf fast die gesamte Arbeiterschaft — auch des rheinischen Industriebezirks — stützen können. Auch die Unorganisierten billigen die Bestrebungen der Gewerkschaften und sind innerlich von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt. Seit einigen Monaten zeigt sich auch, daß die Arbeiter in immer größerem Umfange Anschluß an die bestehenden Verbände suchen. Während unser Verband mit einem starken Steigen der Mitgliederzahl im Duisburg, Mülheim-Oberhausen Gebiet zu rechnen hat, werden die hiesigen Werkvereine den tatsächlich vorhandenen Mitgliederzuwachs auf die Dauer vor der Öffentlichkeit und den Behörden nicht verheimlichen können. Unsere Kollegen und Freunde aber werden dafür sorgen müssen, daß der Organisationsgewinn immer mehr praktische Anerkennung bei den Arbeitern findet. Den Unorganisierten muß vor Augen geführt werden, daß aus mit der Sympathiebezeugung und Stimmabgabe für unsere Listen allein nicht genügt ist, sondern daß ein jeder Arbeitervollstrecker seiner Mann stellen und in der Organisation mitarbeiten muß. Vor allen Dingen ergeht an alle christlich-national gesinnten Metallarbeiter der dringende Appell, nicht länger zu zögern, sondern den Anschluß an den christlichen Metallarbeiter-Verband so bald wie möglich zu suchen.

## Lohnforderungen — gemeingefährlicher Wucher.

Wer ist schuld an der unerträglichen Teuerung? Wer trägt die Verantwortung für jenes Not und Elend, unter dem breite Volksschichten gegenwärtig zu leiden haben? Verursachen und Uebernehmen, geistig Hochstehende und minder befähigte Köpfe haben sich seit langem mit diesen Fragen beschäftigt, ohne eine klare endgültige Antwort zu finden. Und doch ist sie leicht einzufinden. Fragt Herrn J. H. Schüss in Köln, der wird Euch mit dürren Worten sagen: An allem Uebel sind die „begehrlichen“ Arbeiter schuld, weil sie die Arbeitslöhne fortgesetzt hinaufschrauben.

In Köln hat Herr Schüss kürzlich eine Broschüre erschienen lassen, deren erster Teil unter dem Titel markiert: „Das verurteilte Hinaufschrauben der Löhne, die Höchstlöhne und Höchstpreise sind ein gemeingefährlicher Wucher.“ In dem Schriftchen sucht Herr Schüss den Beweis zu erbringen, daß die „begehrlichen“ Arbeiter die schlimmsten Kriegswucherer wären. Von diesem Standpunkte aus hält er den Arbeitern eine langatmige Moralpredigt. „Wacht ihr denn gar nicht?“ so beschwört er sie, „daß ihr selbst den allerhöchsten Wucher treibt, nicht mit Ware irgend welcher Art — aber mit dem Begriff „Arbeit“, — mit eurer Arbeitskraft, wachtet ihr auf die größte Waise!“ In droht mit Streik, du hast deine Arbeitskraft zurück — genau so, wie der „Dankler“ seine Ware, — um deinen Arbeitgeber eine Mehrausgabe zu erwirken. In unverantwortlich hohen Löhnen müßt du ihn zwingen, die schließlich gar nicht mehr im Verhältnis zu seinen Einnahmen stehen und für die selbst verlangt du neben der Lohnerhöhung auch noch erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit. In dieser Krana, den du auf deinen Arbeitgeber ausüben müßt, etwas anderes als Wucher?“

In dieser Tonart geht es weiter. Dabei werden die Gewerkschaften noch besonders in Mitleidenschaft zu bringen gesucht. „Denn durch Forderungen der Arbeiter bestehen oder daß solche durch die Arbeiter zu begründen wären, treten manche Gewerkschaften mit Forderungen auf, die unerfüllbar sind und die, wenn man ihnen nachgeben würde, in anderen Werken oder Betrieben die gleiche Unzufriedenheit auslösen, die allgemeine Lebenshaltung verteuern würden.“

Nachdem der Verfasser so die Gewerkschaften als die Friedensstörer und Heber hingestellt hat, die die Begehrlichkeit der Arbeiter aufdecken, hält er ihnen eine weitere Moralpredigt darüber, daß durch diesen Kriegswucher „die ganze Volkswirtschaft geschädigt würde.“

„Wieso“ fragst du erstaunt, „was hat die Volkswirtschaft im allgemeinen damit zu tun, daß ich, der Gewerkschaftsführer der K-Arbeiter, für meine Arbeitergruppe möglichst hohe Löhne fordere?“ Die Antwort darauf ist für Schüss wieder sehr einfach. Der Unternehmer sei gezwungen, die Mehrausgabe der Löhne auf die Konsumenten abzuwälzen, wodurch die Preise ständig in die Höhe getrieben würden.

„Und damit tritt gerade das Gegenteil von dem ein, was jene Gruppe von Hebern erreichen will: auf der einen Seite verlangen sie ein hohes Einkommen für ihre Arbeiter, auf der anderen Seite sollen die Arbeiter möglichst niedrige Preise für alle wirtschaftlichen Bedürfnisse zahlen.“ Diese ideale Theorie sei in der Praxis aber unausführbar. „Wären die Löhne niedriger,“ so

behauptet Herr Schüss, „so würde sich auch die Ware verbilligen.“

An einer Vertenerung durch den Zwischenhandel, durch Wucher usw. will Herr Schüss nicht glauben. Mit dem Handel und den wirklichen Wucherern geht er viel weniger streng ins Gericht wie mit den „unerfülllichen“ Arbeitern. Er verlangt für den Handel größere Freiheiten und treibt sich mit großer Entschiedenheit, aber wenig Sachkenntnis, gegen die Festsetzung von Höchstpreisen und die behördliche Bewirtschaftung. Wörtlich sucht Herr Schüss den Schleich- und Kettenhandel und Kriegswucher mit folgenden Worten als nebensächlich hinzustellen:

„Nun, die Fälle von wirklicher Bewucherung kommen doch nur noch sehr selten vor denn unsere Gesetzgebung geht mit so unerschütterlicher Strenge gegen die Kriegswucherer vor, sie zeigt sich so wachsam in der Verfolgung der Nahrungsmittelhinterziehung und aller gemeinschädlichen Schliche- und Kettenhandelsgeschäfte, daß dem Wucherer seine dunklen Macken fast unmöglich gemacht werden. Jedenfalls können die vereinzelt Fälle von Wucher, denen es vielleicht für eine Weile gelingt, sich dem Auge des Gesetzes zu entziehen, nicht annähernd so viel Schaden anrichten, wie die zwangsweise eingeführte Preisregulierung, die nur unnötigerweise Not und Mangel schafft.“

So werden der unreelle Zwischenhandel, Schleich- und Kettenhandel und Kriegswucher als belanglos hingestellt. Die einzigen und wirklich Schuldigen sind nach Schüss nur die Begehrlichkeit und Uebernunft der Arbeiter.

Den Unternehmern dagegen singt der Verfasser ein hohes Loblied. Die hohen Kriegsgewinne der Unternehmer wären beiseite nicht immer Reingewinn. „Das große Publikum ahnt ja gar nicht und kann es daher auch gar nicht beurteilen,“ so schreibt dieser Sachverständiger der Kriegsgewinnindustrie, „welche Unsummen von Ausgaben die Firmen jetzt neben ihren Gewinnen haben. Ausgaben aller Art und nicht zuletzt gerechnet die Militärlöhne, die für die kriegsvorlesenen Arbeiter, für das Wohl der Zurückbleibenden, für Frauen und Kinder, für Witwen und Waisen ausgegeben werden!“ In Selbstdruck steht der Verfasser dann noch die selbstlosen Leistungen der Unternehmer hervor, die Lebensmittel besorgen und sie unter dem Einkaufspreis mit eigenem Verlust an ihre Arbeiter abgeben. Und in der Lohnfrage sind die Unternehmer noch viel ertgegenkommender. Schüss behauptet kurz und bündig mit dürren Worten:

„Die Löhne sind während des Krieges derart gestiegen, und zwar haben viele Arbeitgeber dieselben — auch ohne gewerkschaftlichen Zwang — um 200 bis 300 Prozent erhöht, jedoch der Arbeiter wohl zufrieden sein kann.“

Am Hinblick darauf bedauert er es außerordentlich, daß, trotzdem aus der Reichen der Arbeiterschaft sich immer wieder die Stimmen ihrer Unzufriedenen hören lassen, die anderen, vielleicht braven Arbeiter, irreführen wollten mit den alten, verbrauchten und unwahren Schlagwörtern vom „armen, geknechteten Arbeiter“, vom Arbeitgeber, der ein Schinder und Ausbeuter sei, der den Arbeiter ausbeutet, ihn wie einen Sklaven behandelt und gegen den daher der Kampf mit allen Mitteln geführt werden müsse.

So malen sich im Kopf des Herrn Schüss die Verhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern, zwischen Erzeugern, Händlern und Verbrauchern! Ein konjunktives, arbeitereindlicheres Produkt hat bisher noch selten das Licht der Welt erblickt. Kein großindustrieller Schachmacher, der noch etwas auf sein Nischen in der Volkswirtschaft hält, würde dieses kauderzellige Zeug mit seinem Namen zu versehen wagen. Wer ist Herr Schüss und was hat er für ein Interesse daran, sich zu dieser Rolle gegen die Arbeiter heranzustellen? Wenn wir nicht irren, ist der Verfasser katholischer Geistlicher und Religionslehrer an einer kleineren Unterrichtsanstalt; im Kölner Adreßbuch bezeichnet er sich als Professor und Ehrenkanonikus. In sozialpolitischen Dingen ist er stets ein Einpäuner und Sonderling gewesen. Aufmachung und Inhalt der vorliegenden Schrift legen die Vermutung nahe, daß sie im Auftrag schachmacherischer Unternehmungskreise geschrieben und mit Unterstützung der Auftraggeber verbreitet wird. Eine sachliche Widerlegung der verworrenen Schrift halten wir nicht für notwendig. Durch ihre Einseitigkeit und maßlosen Ueberreibungen ist sie von selbst gerichtet. Ein Mann, der so wenig Fähigkeit mit den arbeitenden Volksschichten hat, dem anscheinend jedes Verhandlung für die gewerkschaftliche Selbsthilfe der Arbeiter fehlt, sollte seine Finger von solchen Fragen lassen. Es ist sehr leicht, in der Studierstube hinter dem grünen Tisch nach gelben Rezepten Broschüren zu schreiben mit beweislosen Anklagen gegen die Arbeiter und mit Lobreden auf das Unternehmertum. Aber damit ist den Allgemeininteressen ganz gewiß nicht gedient. Selbst in den Reihen der Wirtschaftsfriedlichen und in deutschen, hiesigen Arbeitervereinen wird mit solchen schriftstellerischen Leistungen kein Eindruck erzielt werden können.



Die Art und Weise, wie sich der Verfasser bei den Werken anzubehalten versuchte, zeigt ein Schreiben vom Juni dieses Jahres an die Generaldirektion eines Werkes, in dem es heißt:

Ich wollte Schluss gemacht haben mit meinen sozial-historischen Schriften, als plötzlich das Gespenst der Hochflöhe und Preise aufstande und ich von hochstehender Seite gebeten wurde, hierüber sowie über die Kriegsziele eine kleine Arbeiterschrift zu verfassen.

Ich biete Ihnen dieselbe zum Preise von 25 Pf. pro Stück an, bei 500 Stück zu 20 Pf.

Die Uebergangszeit vom Krieg zum Frieden verlangt unbedingt eine allmähliche Verabsehung der Löhne, da bei den alsdann eintretenden Verhältnissen manche Industrien eingehen müßten. Dst. Schrift zeigt in ruhiger Weise den Arbeitern das Vernünftige der Herabsetzung, ohne daß die Arbeiter dabei Schaden leiden. Die Arbeiter sollen im voraus wissen und erwarten, daß es anders kommen wird und muß, als die Heber der Gewerkschaften ihnen vorschwären.

Ich hoffe gerne, daß Sie mir Ihre alte Treue durch eine Bestellung bewahren.

Ich bin bereit, wenn Sie mir frankierte Kouverts mit den Adressen Ihrer Arbeiter senden, die Schrift von hier aus an die Arbeiter zu schicken.

In größter Hochachtung  
gez. Prof. Schüb.

P. E. Sollten Sie den Zeitpunkt zur Verteilung noch verfrüht finden, so können Sie die Schrift ja aufbewahren und zur günstigsten Zeit verteilen.

Es wäre doch immerhin interessant, zu erfahren, welche „hochstehende Seite“ den Verfasser gebeten hat, eine solche Broschüre vom Stapel zu lassen und welche Kreise dahinterstehen. Der ganzen Aufmerksamkeit nach zu schließen, stehen diese Kreise schärfmacherischen Unternehmern nicht fern. Die Arbeiterschaft, die dieses Nachwort in die Hände bekommt, wird schon bei den ersten Zeilen herausmerken, was Geistes Kind Professor Schüb ist. Wenn der Verfasser sich der Meinung hingab, mit solchen „Beweisen“ die Arbeiterschaft überzeugen zu können, so ist er doch gewaltig auf dem Holzwege und er wird hoffentlich in Zukunft das Denkfähigkeit der deutschen Arbeiter etwas höher einschätzen. Mit solchen Mäßen erregt der Professor bei der denkenden Arbeiterschaft, ja selbst bei den Wirtschaftsfriedlichen, nur Born und Enttäuschung. Dem Herrn Professor selbst ist dringend anzuraten, in Zukunft lieber den Professorenstab zu schwärzen und mit seinen „sozialpolitischen Schriften“ endgültig Schluss zu machen.

### Das Koalitionsrecht im neuen Deutschland.

Dem wichtigsten Recht des Arbeiters, dem Koalitionsrecht, hatten bei uns in Deutschland noch sehr große Mängel an, die behoben werden müssen. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften nimmt in einem längeren Artikel hierzu Stellung und schreibt:

Soll mit der „Neuorientierung“ ernst gemacht werden, so darf sie sich nicht auf die eigentliche Staatsverwaltung beschränken, sondern der Staat muß dann eine bezügliche Verteilung von Rechten und Pflichten überall vornehmen, daß ihm niemand den Vorwurf machen kann, er begünstige einseitigerweise einige Klassen oder Gruppen.

Es kann gar nicht genug hervorgehoben werden, daß diese Aufgabe des Staates nicht in einer formalen Gleichbehandlung aller Erwerbszweige zum Ausdruck kommen darf, denn eine solche bedeutet faktisch nicht selten die kräftigste Ungleichheit und die Begünstigung von Ungerechtigkeiten und Gewaltverhältnissen. 1869 stellte v. B. der Staat in der Reichsgewerbeordnung Unternehmer und Arbeiter vollständig gleich. Das Ergebnis war ein katastrophales, denn nun gab die wirtschaftliche Ungleichheit den Anstoß dahin, daß die Arbeiter im Glend verfielen. Es wurde nicht eher besser, als bis der Staat Unternehmer und Arbeiter auch rechtlich entsprechend ihrer wirtschaftlichen Ungleichheit ungleich behandelte und für letztere etwas Besonderes, den Arbeiterschutz, schuf.

Auch für die staatliche Neuorientierung gilt also der Satz, daß nur Gleiches gleich, Ungleiches aber ungleich zu behandeln ist.

Legen wir uns unter diesen Gesichtspunkten die Frage vor, welche Maßnahmen der Gesetzgeber, sich neu orientierend auf dem Gebiet des Koalitionsrechtes zu treffen hat, so ergibt sich folgende, nicht gerade geringe, aber unbedingt zu lösende Reihe von Aufgaben:

1. Der § 153 der Gewerbeordnung, der den Koalitionsstreik unter besondere Strafe stellt, ist aufzuheben, denn er stellt einen unter Strafe, die sonst überhaupt nicht strafbar oder doch milder strafbar sind, findet auf die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer (Kartelle, Ringe, Trusts) schon ideologisch keine Anwendung, behindert aber auch praktisch nicht die Arbeitgeberorganisationen, sondern nur die Gewerkschaften. Er ist also ungerichtet in mehr als einer Beziehung und wirkt verhängnisvoll und verwerflich in der Welt der organisierten Arbeiter.

2. Die Aufhebung des § 153 Gew.O. würde formale Gleichheit auf dem jetzt von ihm noch rechtlich einseitig zugunsten der Koalitionen gebotenen Gebiet zur Folge haben. Zwang zum Beitritt zu einer Koalition oder Behinderung am Austritt wäre gleichbedeutend dem Zwang zum Nichtbeitritt oder zum Austritt aus einer Koalition. Nun hat sich aber im Laufe der Zeit herausgestellt, daß im weitesten Maße von Seiten der Unternehmer ein Zwang zum Nichtbeitritt oder zum Austritt auf die Arbeiter ausgeübt wird. Dem gilt es zu verhindern vorzubeugen. Es ist also zu fordern,

nicht nur, daß § 153 beseitigt, sondern daß außerdem eine umgekehrte Bestimmung zugunsten der Koalitionen geschaffen werde. Nicht etwa nur zugunsten der Arbeiterkoalitionen, sondern ebenso zugunsten der Arbeitgeberkoalitionen. Erst eine solche Stellungnahme des Gesetzes zum Koalitionsrecht kann befriedigende tatsächliche Zustände auslösen.

3. Der Erpressungsparagraph des Allgemeinen Reichsstrafgesetzes ist zu ändern. Erpressung ist ein inhumanes Verbrechen, von dem Arbeitern ebenso sehr verabscheut wie von irgend einer anderen Gesellschaftsklasse. Aber der bestehende Rechtszustand ist für die Arbeiterschaft unhaltbar. Der Erpressungsparagraph an sich ist zweifellos damals, wo er vom Gesetzgeber gemacht wurde, gut gemeint gewesen und ohne irgend eine Spitze gegen die Koalitionen geschaffen worden. Im Laufe der Zeit hat er sich aber auf dem Wege der Rechtsprechung zu einer schweren Bedrohung des Koalitionsrechtes ausgebildet, und das kam so: In dem § 253 sind drei Verbrechen, die in keinem Gesetz näher umschrieben sind: „rechtswidrig“, „Drohung“ und „abwärtigen“. Diese Ausdrücke müßten also die Gerichte selbst näher erläutern, wenn sie über einen Erpressungsfall zu verhandeln hätten. Das Reichsgericht hat diese Ausdrücke, und zwar ohne speziellen Hinblick auf die Koalitionen, sondern ganz allgemein, dahin gedeutet: rechtswidrig ist ein Vermögensverstoß, wenn man keinen Anspruch darauf hat; Drohung ist die Ankündigung eines Übels (also die Ankündigung von etwas unangenehm zu empfindendem); Drohung ist jede Ankündigung eines Übels; nötigen heißt: Willenszwang ausüben. Bei dieser Auslegung mußte das Reichsgericht dazu kommen, die Arbeiter, welche den Arbeitgeber um Lohnerhöhung bitten und dabei zu versetzen gaben, im Falle der Nichtbewilligung würde es zum Streik oder Boykott kommen, wegen Erpressung zu bestrafen, ganz einerlei, ob das Auftreten der Arbeiter jedem billig und gerecht Denkenden angemessen oder unangemessen erschien. Und tatsächlich hat das R.G. diese Konsequenzen gezogen.

### Hüttenwerke.

Eisenbrecher Christoph Wisprecht.

Schwerer wir grüßen Euch, —  
Wie Ihr staunend raht aus dem Dunkel der Nacht!  
Menschliche Hände erschufen Euch,  
Daß Ihr werden solltet gehärende Macht.  
Ihr müht Euch auf Träger und Stein auf Stein,  
Streben als Denkmäler ins Weltall hinein.

Wie unaufhörlich Drahtseile gehn — —  
Und Rädergerölle und Wassergebrüll — —  
Sich stämmen jubeln in Rächte hinein  
Von untern Wäldern, von unterm Sein.

Zahltausende zwang unter Arm zum Tag  
In Hämmer und Raufen! Wärt Ihr es nicht? — —  
Siege der Arbeit drängen zum Licht.

Schämst du im Weizen noch, Abendgut?  
Hürst du, Gemüht der Sterne? — —  
Schwerer rammen Licht und Feuerflut  
Und schenken Kranze zu des Himmels Fern.

Triumph der Tat, wir grüßen dich!

Nü hiermit also die Ankündigung eines gewerblichen Kampfmittels für die Arbeiter böck gefährlich, so bliebe ihnen, so sollte man meinen, nichts anderes übrig, als freiwillig ohne eine solche Ankündigung sofort zum Streik oder Boykott überzugehen, so sehr das auch wegen der damit verbundenen Ausschaltung der Möglichkeit einer gütlichen Verständigung zu bedauern ist. Wenn auch dieser Weg in dem Reichsgericht verhandelt. Ein Zivilsenat des Reichsgerichts hat einmal entschieden, eine Koalition, die über den Geuer den Boykott verhängt, ohne ihm vorher die Möglichkeit zu einer Verständigung zu geben, handle unbillig und mache ihn also inadmirationsschuldig. Die Möglichkeit einer Verständigung kann natürlich niemals ohne mehr oder minder deutlichen Hinweis auf den gewerblichen Kampf, also ohne Drohung, gegeben werden. Und damit ist dann wieder die Gefahr der Erpressung gegeben.

Nach der köstlichen Rechtsprechung stehen die Gewerkschaften also vor folgender Situation: Kündigung ist dem Geuer den gewerblichen Kampf vor Beginn erst an, so lauten die Gerichte, wegen Erpressung bestraft zu werden; beginnen sie ihn ohne Ankündigung, so machen sie sich inadmirationsschuldig. Und doch ist ihnen das Streik- und Boykottrecht durch § 152 Gew.O. gegeben! Welch eine verwirrende Lage ist das doch! Da hilft nichts anderes, als den § 253 des Strafgesetzbuches umzukrempeln. Die Regierung hat es selbst schon einmal eingelehen gehabt. Am 12. März 1909 legte sie dem Reichstag einen Entwurf eines Gesetzes betr. Änderung des Strafgesetzbuches vor, in dessen Art. 100a vorgesehen ist, daß nach der Auslegung, die die Rechtsprechung den einzelnen Tatbestandselementen der Erpressung gegeben hat, wegen Erpressung bestraft werden muß.

Die Regierung sagt hier ausdrücklich, daß auch der Arbeiter, der eine Arbeitsstelle mit Entlassung bebringt, um ihn einen ein Nachgeben zu erzielen, wegen Erpressung bestraft werden muß. Sie hätte ebenso gut auf die Fälle hingewiesen können, in denen Unternehmer unter sich einander einen wirtschaftlichen Druck ausüben, und sie hätte dabei noch ganz besonders auf das Verhalten der Unternehmerorganisationen gegen einzelne Unternehmer hinweisen können, denn da liegt die Sache rechtlich genau so. Sie hat es nicht getan. Eben weil wir aber über genau solche Situationen nachdenken, so erweist sich, daß auch hier nicht etwa eine Ausnahmeregulierung, für die Gewerkschaften, sondern eine ander-

weitige rechtliche Behandlung bestimmter, heute ganz unentbehrlicher, allgemein gebräuchlicher und steigend im Volksbewußtsein als Erpressung empfundener Handlungen gefordert wird.

4. Der „Grobe-Unsug-Paragraph“ (§ 360 Ziff. 11 des Reichsstrafgesetzbuches) bedarf einer Einschränkung. In seiner jetzigen Fassung hat er sich als ein Mittel erwiesen, fast jedes Streikpostenstreiken und jeden Boykott als strafbar hinauszustellen. Man braucht dafür nicht lange Beweise zu erbringen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Wortlaut dieser Bestimmung so gehalten, daß man sich, um mit dem „Grobentwurf“ zu einem Reichsstrafgesetzbuch“ (Begründung S. 853 ff.) zu sprechen, darunter „nichts oder auch alles denken könnte“ und der „Bist für in der Rechtsprechung Ehr und Tor gestrichelt sei“; daß ferner der Geist in den Strafgerichten vor dem Kriege ein durchaus arbeiterschaftsfeindlicher war. Wer aber dennoch nach Beweisen sucht, der lese die verschiedenen Urteile, welche Restriepte in seinem Buch: „Das Koalitionsrecht in Deutschland“ zusammengeestellt hat.

5. Das preussische Gesetz betr. die Verlegung der Dienstpflichten des Gefindes und der ländlichen Arbeiter vom 24. April 1854 muß aufgehoben werden. Es verbietet (§ 3) dem wesentlichen Teil der ländlichen Arbeiter innerhalb ihres Geltungsbereiches den Streik zu verhandeln. Das Gesetz ist ebenso ungerecht wie § 153 Gew.O. Es stellt die Landarbeiter gegenüber den gewerblichen Arbeitern zu Arbeitern minderen Rechtes. Es verlangt den von ihm betroffenen Arbeitern, was den Arbeitgebern erlaubt ist, denn diese sind in Anwendung und Ausübung der gewerblichen Kampfmittel nicht beengt. Es stellt die Landarbeiter in den altpreussischen Bundesstaaten schlechter als die Landarbeiter im übrigen Preußen und im Deutschen Reich überhaupt, denn das Gesetz gilt nur für den Umfang, den Preußen 1854 hatte, gleiche Gesetze existieren aber sonst in Deutschland nicht. — Daß das Gesetz wirtschaftspolitisch gänzlich unnötig ist, lehrt die Erfahrung, denn in den Teilen Deutschlands, wo es nicht gilt, hat die landwirtschaftliche Arbeiterschaft für die Notwendigkeit der ländlichen Produktion genügend Verständnis gezeigt und niemals durch Streiks die Volksernährung in Gefahr gebracht. Darauf allein kommt es aber für die Existenzberechtigung des Gesetzes an, nicht etwa darauf, ob jeder einzelne rückständige oberflächliche Bauer in seinem Privatinteresse die Leute an der Stricbe halten kann.

6. Fallen müssen auch die zahlreichen in den Gesindeordnungen, den übrigen einzelstaatlichen Landarbeitergesetzen und Polizeistrafgesetzbüchern enthaltenen Strafgesetze gegen den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter und des Gefindes. Auch sie sind eine einseitige Schlichterstellung dieser Arbeiterkategorien sowohl gegenüber den gewerblichen und sonstigen Arbeitern als auch gegenüber ihren Arbeitgebern. Die Verletzung der Pflichten der letzteren gegenüber ihren Dienstboten ist durchweg nicht unter Strafe gestellt. Landarbeiter und Gefinde sind aber keine schlechteren Menschen, ihre Pflichttreue ist nicht geringer als die anderer Arbeiter, ist auch nicht geringer als die der „Herrschaften“. Weßhalb sollen die tränkenden Strafbestimmungen erhalten bleiben?

7. Die Erlaubtheit des Streikpostenstreikens muß von der Willkür des Schutzmannes unabhängig gemacht werden. Nach der heutigen Rechtslage kann die Polizei das Streik- und Boykottpostenstreiken, obwohl grundsätzlich rechtsrechtlich erlaubt, faktisch unmöglich machen auf Grund ihres Rechtes, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit auf den öffentlichen Straßen und Plätzen zu sorgen. Wenn der Schutzmann einen Streikposten, auch wenn er sich ganz anständig benimmt, „in der Absicht“ wegweist, die öffentliche Ruhe oder Ordnung zu stören, so muß der Streikposten folgen. Das bedeutet etwas willkürliches bei dem Geiste, der in unserer Polizei gegenüber Arbeitskämpfen herrscht. Hier muß ein positiv-rechtlicher Wall zum Schutze des Streikrechts errichtet werden.

8. Die alten landesrechtlichen Vorschriften, welche das Verteilen, Auslegen, Ausstellen, Anheften und Aufschlagen von Zetteln und Plakaten über gewerbliche Angelegenheiten, besonders über gewerbliche Kämpfe gänzlich verbieten oder doch von vorkommlicher Erlaubnis abhängig machen, müssen aufgehoben werden. Ihrer gibt es noch sehr viele. Sie sind längst veraltet, ja schädlich. Sie stammen aus einer Zeit, wo man Massenbewegungen und allem, was damit zusammenhängt, obrigkeitslich mißtraute und mit kleinlichen Bevormundungsmahregeln entgegenzutreten suchte. Es ist ihnen keine andere Bedeutung beizulegen gewesen, als daß sie in ungezügelter Fällen zu kleinen Schikanierungen der in der Arbeiterbewegung tätigen Personen geführt und in diesen das Vertrauen auf die Gerechtigkeit und die Unparteilichkeit der Staatsbehörden zerstört haben. Nach den Erfahrungen des Weltkrieges sollte jeder Staatsmann aus eigenem Antriebe rufen: Weg mit dem Plunder!

9. Die Beschlüsse im Reichsvereinsgesetz (§ 1) Kartellen geschaffen sind, um wenigstens für dieses Gebiet die Allmacht der Polizei zurückzudämmen, hat letztere dennoch Hintertürchen gefunden, um sich Zugang zu fast jeder Versammlung zu verschaffen. Sie sagt, nur dann könne sie feststellen, ob sie in eine Versammlung hineingehöre oder nicht, wenn sie sich durch Anwesenheit überzeuge, was dort geschehe. Ferner hält sie ihr Recht, Feierabend zu gebieten, für unberührt. Beide Umstände beinträchtigen das gewerkschaftliche Leben in ganz unzulässiger Weise. Hier heißt es also, das Gebiet eines staatlichen Grundrechts noch engherziger gegen polizeiliche Eingriffsbefugnisse abzusperren als es bisher durch § 1 des Reichsvereinsgesetzes geschehen ist.

10. Die staatlichen Eisenbahner haben aus Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Allgemeinheit auf das Streikrecht verzichtet. Sie erwarten dafür Erlass in der gesetzlichen Anerkennung ihrer Organisations-



liche Schikanierung wegen Betätigung in diesen Organisations und wegen Wahrnehmung ihrer Interessen aus dem Arbeitsverhältnisse. Einer näheren Begründung bedarf die Berechtigung dieser Forderung nicht.

Unsere Kollegen sehen, welche ungeheuren Lücken noch ausgefüllt werden müssen, bis wir zu einem Recht gelangen, das unserer Stellung in Staat und Gesellschaft entspricht.

Je fester sich die Arbeitermassen zusammenschließen und je größere Massen sie bilden, um so eher werden auch die Schwachen fallen, die sich bis jetzt dem aufwärts strebenden Arbeiterstande entgegenstemmten.

### Allgemeine Rundschau

#### Parteispaltung — Gewerkschaftsstreit

Die enge Verdrößerung zwischen der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften ist für die letzteren zwar eine Quelle agitatorischer Kraft gewesen, gleichzeitig aber auch ein Hemmschuh für die gewerkschaftliche Praxis und eine Gefahr für ihre Zukunftsentwicklung. Die „freien“ Gewerkschaften, die sich bebüht auf Gedeih und Verderb mit der sozialdemokratischen Partei verknüpfen, haben am Gedeihen der Partei ihren Anteil, werden mit Notwendigkeit aber auch in das Verderben der Partei mit hineingezogen. Das zeigt sich augenfällig gegenüber, wo die Partei infolge der scharfen unüberwindlichen Gegensätze in der Kriegspolitik der innern Zerschlagung und Spaltung anheimgefallen ist. Die verantwortlichen Gewerkschaftsleitungen, Generalkommission, Verbandsvorstände und Verbandszeitschriften gehen sich zwar alle Mühe, den Parteistreit aus den Gewerkschaften fern zu halten. Aber die Mühe scheint vergebens. Beweis dafür ist der Verlauf und das Ergebnis der 13. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die in den Tagen vom 27. bis 30. Juni ds. Js. in Köln abgehalten wurde. Hier plätierten die Gegensätze in der heftigsten und leidenschaftlichsten Weise aufeinander. Die Gegensätze sind schon weit gebrochen und die Opposition in den Gewerkschaften zu bedeutender Stärke angewachsen. Der Riß in der Partei hat sich tatsächlich schon auf die Gewerkschaften übertragen.

Die Gegensätze, die auf der Kölner Metallarbeiter-Versammlung zum Ausdruck kamen, sind ganz genau die gleichen wie bei den Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. Die von beiden Mächten erhobenen Anklagen, Gegeneinanderreden und Beweisgründe gleichen wie ein Ei dem andern dem politischen Streit. Generalkommission und Verbandsvorstände mit der augenblicklich noch vorhandenen Mehrheit der Gewerkschaftsmehrheit stehen auf dem Standpunkt der alten sozialdemokratischen Partei und vertreten die Kriegspolitik des 4. August 1914. Den Radikalen sind die Gewerkschaftsinstanzen als die stärksten Stützen der Kriegspolitik daher besonders verhaßt und werden mit allen erdenklichen Mitteln beschädigt. Auf Tagungen der radikalen Richtung ist bekanntlich offen die Parole ausgegeben worden, den Kampf in die Gewerkschaften hinein zu tragen. Die im Verfolg dieser Parole systematisch betriebene Mätharbeit in den Gewerkschaften ist nicht ohne Erfolg gewesen, wie die Kölner Verhandlungen gezeigt haben. Schon bei der Festsetzung der Tagesordnung kam es zu erregten Zusammenstößen. Die Vertreter der Opposition verlangten zum Vorstandsbericht einen Korreferenten mit unbeschränkter Redezeit, ferner eine Trennung der Gegenstände der Tagesordnung, die mit dem Parteistreit in Verbindung standen. Der letztere Antrag wurde zwar abgelehnt, der erstere aber mit einer geringen Mehrheit angenommen, trotzdem der Verbandsvorsitzende Schlichte diesen Antrag als Heberfall gekennzeichnet hatte. Der vom Vorstehenden Schlichte erstattete mündliche Vorstandsbericht war fast ausschließlich den grundsätzlichen Streitfragen gewidmet und gewissermaßen schon die Antwort auf das bedrohende oppositionelle Korreferat. Schlichte verteidigte die Gewerkschaften gegen den Vorwurf, daß sie mit ihrer Kriegspolitik den Boden des Klassenkampfes verlassen und in die Gefahr bürgerlicher Verschlingung hineingeraten wären. Davon könne gar keine Rede sein. Aber von außenstehender Seite würde jetzt versucht, die Gewerkschaften von ihren bewährten Bahnen abzudrängen und parteipolitischen Bestrebungen dienlich zu machen. Die tiefsten Ursachen des ganzen Streites lägen darin, daß die Gewerkschaften in Deutschland aus der politischen Bewegung geboren seien (Dies trifft jedenfalls auf die christlichen Gewerkschaften nicht zu. Wären die freien Gewerkschaften politisch so neutral und unabhängig, wie die christlichen Gewerkschaften, dann würde ihnen die Spaltung der sozialdemokratischen Partei nicht zur Gefahr und zum Verhängnis werden. (D. G.)

Der Korreferent und Vortragsführer der Opposition, Dittmann (Frankfurt a. M.) trug all die bekannten Vorwürfe gegen die Kriegspolitik der Partiemehrheit und Gewerkschaftsinstanzen zusammen. Weitergabe des Klassenkampfprinzips, Fälligkeit mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien, Verrat der Arbeiter bei der Schaffung des Alldeutschengesetzes und wie die landläufigen Vorwürfe alle heißen mögen. Das könnten die Klassenbewußten Mitglieder der Gewerkschaften unter keinen Umständen ruhig mitmachen. Den Kernpunkt der ganzen Streitfrage stellte der Redner im Auftrage seiner Genossenschaftsgenossen in den Vordergrund mit den Worten: Wir (von der Opposition) erblicken unsere politische Vertretung in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und erwarten vom Verbandsrat, daß er in diesem Sinne seine Entscheidungen trifft. — Diese programmatische Erklärung wurde von der Opposition mit stürmischem Beifall, von der andern Seite aber mit heftigem Widerspruch entgegengenommen.

Der Vorsitzende der Generalkommission Kraus erklärte mit schärfster Berechtigung, daß die Rede Dittmanns nicht auf eine Gewerkschaftsversammlung, sondern auf den Parteitag hin gehöre. Es sei nur eine Propagandarede für die neue Partei der Unabhängigen gewesen. Diesen Gedanken würden die freien Gewerkschaften im Interesse ihrer

Selbsterhaltung und im Interesse der Arbeiter niemals folgen können. Die Unabhängigen hätten bisher noch keinen Beweis erbracht, daß sie es besser machen könnten. Vor allem müßten sie zunächst einmal zeigen, daß sie die wichtigste Voraussetzung erfüllen, nämlich die Disziplin und die Disziplin hochhalten wollten. Ihre bisherige Handlung hätten die Disziplin mit Füßen getreten. Die Gewerkschaften könnten es unter keinen Umständen zulassen, daß in ihren Reihen jeder um Wonne, was ihm gefalle, Mein, dann lieber Trennung! rief er in den Saal hinein, was große Erregung und minutenlangen Lärm verursachte, so daß er erst nach einer unwillkürlichen Pause weiterreden konnte. Begleit scheint überhaupt als geistiger Mittelpunkt der „Zustandspolitiker“ bei den Radikalen der meistgehörte Mann zu sein. Häufige Zwischenrufe, wie: Sie haben von der Not der Arbeiter keine Ahnung! wurden ihm ins Gesicht geschleudert.

Die Opposition fühlte sich überhaupt sehr selbstbewußt und stark, was auch keineswegs dadurch beeinträchtigt wurde, daß ihre Redner weniger Gehör und ihre Beweisgründe weniger stichhaltig waren, wie die der Mehrheitsrichtung. Die zahlreich vorliegenden Anträge der Opposition, die hauptsächlich aus den großen Verwaltungsstellen, wie Berlin, Leipzig, Halle, Stettin, Bismarck usw. gestellt waren, haben zwar keine Mehrheit gefunden, in diesen Anträgen wurde die Kriegspolitik des Verbandsvorstandes sowie der übrigen Gewerkschaftsinstanzen berichtigt und die Anlehnung an die neue radikale Partei gefordert. Eine Gegenresolution, worin die Taktik des Verbandsvorstandes gut geheißen und die von der Opposition geforderte politische Neuorientierung abgelehnt wurde, ist mit einer Mehrheit von 64 Stimmen gegen 33 Stimmen der Opposition angenommen worden. Ein von der Opposition vorgeschlagener radikal-revolutionärer Antrag an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands wurde in namentlicher Abstimmung mit 73 gegen 34 Stimmen abgelehnt. Bei der später erfolgten Vorstandswahl wurden auf die bisherigen Verbandsfunktionäre 81 bis 82 Stimmen abgegeben, während 34—35 weiße Zettel auf die Opposition entfielen.

Eine genaue Abgrenzung der Opposition nach Zahlen ist nicht gut möglich. Positiv für die Vorstandsposition waren von den 118 Delegierten gemäß den vorliegenden Abstimmungen 64, also nicht viel mehr wie die Hälfte. Ausgeschlossen für die radikale Opposition kann man die 44 Stimmen rechnen, die für den radikalen Antrag abgegeben wurden. Die übrigen Delegierten schwanken zwischen beiden Gruppen hin und her.

Mit dem Abstimmungsergebnis sind die Gegensätze innerhalb des Metallarbeiter-Verbandes naturgemäß nicht beseitigt. Wenn auch auf dieser Tagung die Opposition unterlegen und die Mehrheit zahlungsmäßig Sieger geblieben ist, so wird der Kampf innerhalb der Organisation wohl noch weitergehen. „Der Riß ist da!“ jagte ein homburger Delegierter und hat darin die Lage im Verband gekennzeichnet. Daß sich die Opposition absolut nicht als Besiegte fühlt und daß sie sich für die Zukunft gerüstet glaubt, ging aus dem Schlußwort des Korreferenten Dittmanns hervor, das in die trübige Tagesordnung ausklang: „Der Riß, wolle Ihr ein Länglein haben, wir spielen Euch auf.“ Das „Länglein“ im Verband wird somit weitergehen, wenn auch die Riß noch einmal in Köln nachdrücklich vertieft wurde. Dafür werden schon die Wähler der politischen Linken sorgen.

Auch das viel erörterte Problem Maschinisten und Arbeiter spielte in die Kölner Verhandlungen immer wieder hinein. In ungeschätzten Zwischenrufen, in Stundenlangen scharf angelegten persönlichen Erklärungen kam das Mißtrauen der Radikalen gegen die unheimlichen und gefährlichen Gewerkschaftsführer spontan zum Ausdruck. In einem besonderen Vortrag, der ziemlich energiegeladener Charakter war, wurde eine heftigste Resolution sämtlicher Verbandsangestellter durch Uebertal gefordert. Der Verbandsvorsitzende Schlichte hing der Sache die Feder um mit der Erklärung, daß der Antrag auf ausschließende Schlichte zurückzuführen und darauf berechnete, die mißliebigen Verbandsangestellten kalt zu stellen. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, allerdings auch ein anderer Antrag, der vom Verbandsrat befürwortet wurde, wonach die Gehaltszahlung sämtlicher Beamten auf die Zentralkasse übernommen werden sollte. Die Radikalen, deren Einfluß auf die Beamten dadurch wesentlich geschwächt worden wäre, stemmten sich dagegen und brachten den Antrag zu Fall.

Alle Hände rüch sich auf Erden. Dieses Wort müssen heute auch die verantwortlichen Führer der freien Gewerkschaften sich zu Herzen nehmen und können schmerzhaft an ihre Wunde schlagen. Die von ihnen gewollte Verknüpfung mit der politischen Sozialdemokratie, die bei ihrer Erziehungsarbeit bei den Massen und ihre ganze bisherige Gewerkschaftstaktik haben ihnen die jegliche Kritik heraufbeschworen. Begleit behauptete in Köln allerdings, daß die Phrasologie in den Gewerkschaften überwunden wäre. In der gewerkschaftlichen Arbeit und Agitation ist davon aber im Allgemeinen noch wenig zu spüren. Auch andere Redner stellten in Köln so etwas wie eine Gewissensforschung an. Ein Redner aus Dresden jagte ehrlich und offenerzig: Wir haben den Massen eine Nacht vorgeredet, die wir gar nicht haben. Wir haben mit Phrasen und Schlagworten gearbeitet und damit falsche Auffassungen herbeigeführt. Augenblicklich steht es in unserer Bewegung recht trübe aus. Unsere Versammlungen sind erbärmlich schlecht besucht und Bewegung muß erst von und in die Massen hinein getragen werden.

Immer und immer wieder wurde der Opposition entgegengehalten, daß die Gewerkschaften praktische Tagesarbeit zu leisten hätten und politische Äußerungen abliehen müßten. Getarnter Gänge, die von unseren christlichen Gewerkschaften stets betont und in der Tagesarbeit praktiziert wurden; wobei wir nicht selten auf Widerspruch bei denselben Leuten gestoßen sind, die sich jetzt mit den gleichen Argumenten gegen ihre Widersacher wehren müssen.

Gegenwärtig sind die freien Gewerkschaften durch den Strich und die Spaltung in der politischen Sozialdemokratie vor eine äußerst schwierige Situation gestellt. Allem Anschein nach stehen sie vor einem bedeutungsvollen Wendepunkt in ihrer ganzen Entwicklung. Welche Folgen daraus für die Arbeiterbewegung entstehen, ist im Augenblick noch gar nicht abzusehen. So viel kann jeden-

falls jetzt schon gesagt werden, daß an dem Streit die Sozialdemokraten Freude haben werden. Den Schaden aber haben die Arbeiter selbst zu tragen. Die christlich organisierten Arbeiter können aus dem sozialdemokratischen Parteistreit und Gewerkschaftsstreit aber die eine Schlussfolgerung ziehen, daß sich unsere Grundsätze so wie unsere gewerkschaftliche Praxis auch im Schmelzofen des Weltkrieges glänzend bewährt haben. Das muß unsern Anhänger und Gesinnungsfreunden ein neuer Impuls sein, mit Vertrauen in die Zukunft unserer Bewegung auf dem bisherigen Wege mit allen Kräften weiter zu arbeiten; im Interesse der Metallarbeiterschaft Deutschlands.

Drei von den vier Verhandlungslagen der Kölner Generalversammlung hat der Deutsche Metallarbeiterverband den vorstehend beschriebenen grundsätzlichen Auseinandersetzungen gewidmet. Die praktische Organisationsarbeit mußte dabei sehr stiefmütterlich wegkommen. Ein vorgeesehenes wichtiges Referat des zweiten Verbandsvorsitzenden Reichel über die Schaffung von Staatsmonopolen in der Eisen- und Metallindustrie mußte wegen Zeitmangel von der Tagesordnung abgesehen werden. Schon darin allein zeigt sich, wie nachteilig und verhängnisvoll die Ausprägung politischer Streitfragen in den Gewerkschaften auf die Organisationsarbeit einwirkt.

#### Johann Sittenich †

Einer der ältesten und verdientesten Veteranen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, Kollege Johann Sittenich, ist am 10. Juni nach langjähriger Krankheit in Nachen gestorben. Sittenich ist einer der ersten Mitbegründer der christlichen Gewerkschaftsbewegung und Mitbegründer der christlichen Textilarbeiter-Organisation für Nachen und Umgebung; als später die Zentralisation für die christlich organisierten Textilarbeiter Deutschlands durchgeführt wurde, war der Verstorbenen zweiter Vorsitzender des Zentralverbandes. Sowohl in der Nachener Lokalorganisation wie im Zentralverband hat er in selbstloser und erfolgreicher Weise bei dem Ausbau der Organisation und in der Vertretung der Arbeiterinteressen mitgewirkt. Durch Alter und Krankheit war Sittenich schon mehrere Jahre vor seinem Tode gezwungen, sich von der Verbandsarbeit zurückzuziehen. Aber auch noch in dieser Zeit blieb sein Herz und Sinn bei der christlichen Arbeiterbewegung, der er seine ganze Lebensarbeit gewidmet hat. Sittenich war eine bekannte Persönlichkeit bei allen Gewerkschaftstagen und Kongressen und in allen Kollegenkreisen außerordentlich geachtet und beliebt. Unter Verband wird dem alten bewährten Kämpfer für Arbeiterrechte stets ein ehrendes Andenken bewahren.

#### Die betrübten Lohgerber.

Die Wirtschaftsfriedlichen heutzutage in der Nr. 26 ihres Organs „Der Wertverein“ darüber, daß es ihnen nicht ermöglicht wurde, in einer von unserem christlichen Metallarbeiterverbande in Saarbrücken-Nordbad einberufenen Versammlung ihre wirtschaftsrechtlichen Weisheiten an den Mann zu bringen. Sie bringen es natürlich nicht so leicht, sich auf, um anzuerkennen, daß sie in einer bereits am Dienstag vorher in Badgassen im Saarbezirk stattgefundenen Versammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes ausreichend Gelegenheit bekommen hatten, durch ihren „Führer“, den auf Lebenszeit angestellten Leiter des Bundes der Lohgerber, Herrn Rathsch, ihre wirtschaftsrechtlichen Sprüche auszukramen. Die Herren müssen sich damit abfinden, daß wir es auch in Zukunft ruhigweg abtun, die von uns einberufenen Versammlungen zu Tummelplätzen wirtschaftsrechtlicher Agitatoren degradieren zu lassen. Wir können es ja den Herren nachempfinden, daß ihnen das neuerliche Erwachen der Saarhüttenleute und ihr massenhafter Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband schmerz in die Glieder gefahren ist. Sie werden sich aber damit abfinden müssen, daß die Saarhüttenleute mit ihrer angeblichen Organisation, mit den wirtschaftsrechtlichen Hüttenvereinen, die natürlich alles andere eher wie eine Organisation sind, nichts mehr zu tun haben wollen. Sie haben einzugehen, zu welchen erbärmlichen und absolut unzureichenden Verhältnissen sie durch die Hüttenvereine gekommen sind und schließen sich daher jetzt dem christlichen Metallarbeiterverbande an, unbekümmert durch die Heuschreckerei der wirtschaftsrechtlichen betrübten Lohgerber, die es mit der Angst kriegen, weil ihnen ihre wohlgeleiteten Kasse fortzukommen.

Auf das wenig burgereidliche übrige Geschreibsel der Wirtschaftsfriedlichen einzugehen, hatten wir den Raum unsere Zeitung wirklich zu schade. Wenn die Wirtschaftsfriedlichen nichts Besseres haben, machen sie immerhin die Spalten ihres Blättchens weiter mit persönlichen Anrempelungen füllten. „Denn ihres Vellens lauter Schall be- meist ja, daß wir reiten.“

#### Stütze der Gelben

Demüht sich mit steigendem Interesse der Berliner „Arbeiter“, das Organ der katholischen Fachabteilungen, zu sein. Es sammelt mit unverkennbarer Regsamkeit alles und jedes, das irgendwo, sei es in der Reichshauptstadt oder sonstwo meistens von sehr Unberufenen über die Gewerkschaften verhandelt wird. Er registriert dann solche Anlässe sorgsam unter dem Titel „Kampfgewerkschaften“ und präsentiert sie seinen Lesern. Was diese „Kampfgewerkschaften“ aber für die Arbeiterchaft geleistet haben, wie gerade sie der einzige Halt der deutschen Arbeiter seit den Zeiten ihres Bestehens und besonders jetzt im Weltkrieg sind, das darf die gläubige Leserschaft des „Arbeiter“ nicht erfahren, denn sonst könnte es leicht geschehen, daß ein starker Mitgliederzuwachs bei den Fachabteilungen eintrete. Statt der bösen Gewerkschaften werden ganz zart und milde die guten „Wirtschaftsfriedlichen“ (des Gelben) zur Parade vorgeführt als das Heil der deutschen Arbeiterschaft.

In seiner Nr. 13 vom 1. Juli stellt der „Arbeiter“ die Ausprüche des Reichstagsabgeordneten Wassermann und des preussischen Handelsministers Dr. Sydow zusammen. Der erste beklagt sich wie folgt und die Redaktion des „Arbeiter“ bemüht sich, die Zahlenangaben Wassermanns herauszufolgern, wahrscheinlich weil er die Fachabteilungen vergessen hatte: „In Deutschland bestehen wirtschaftsfriedliche Arbeiterorganisationen, in denen sich 1913 rund 300 000 Mitglieder zusammenschlossen. (Die Zahl all dieser Vereinigungen ist größer! Die Red.) Sie sind erstaunlich rasch



gemachten und haben eine gute Weiterentwicklung vor sich. Nun besitzen die freien und christlichen Gewerkschaften ihre derzeitige starke Stellung, um diese wirtschaftsrechtlichen einfach beiseite zu schieben und deren Eigenschaft als unabhängige Vertreter der Arbeiterinteressen zu betonen. Der Kampf geht soweit, daß den Wirtschaftsfriedlichen die Zustimmung zu den Meinern im Kriegsernährungsamt und im Kriegsernährungsamt durch die Drohung der freien Gewerkschaften, daß sie ihrerseits ihre Mitarbeit im Falle solcher Beteiligung einstellen, unmöglich gemacht oder wesentlich eingeschränkt wird. Der Streit hat schon die Parlamente beschäftigt. Für die Regierung heißt es, rechtzeitig einen solchen Terrorismus Widerstand entgegenzusetzen. Hier ist nachdrücklich eine Verständigung an der Zukunft gerade in Hinblick auf die gewaltigen Aufgaben unserer deutschen Industrie soll man Arbeiterverbände, die in friedlicher Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern die gemeinsamen Unternehmen fördern wollen, nicht belächeln, sondern fördern." Abschließend sprach Dr. Sydow. Diese Anklagen sind den Kollegen zu bekannt, als daß wir darauf eingehen brauchen. Verbände, die durch Unternehmensänderungen gegründet und zusammengehalten werden, sind keine Arbeitervertretungen, denen das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft allein Rücksicht zu schenken ist. Im übrigen aber wissen die Kollegen, besonders im Saargebiet, was sie von der „Zuckerbrot- und Peitsche-Politik“ der Unternehmer in den gelben Werkereinen zu halten haben. Sie haben die Abhängigkeit mit eigenen Augen sehen können. Der Berliner „Arbeiter“ geht nun freilich darüber zur Tagesordnung und hofft durch solche Begriffsverwirrungen wenigstens Ruhe im eigenen Lager zu haben.

Brenzlich und fatal wird die Sache nun freilich, wenn seine Mitglieder auch einmal Daten fordern und sich nicht als ein Sprachrohr abfinden wollen, wie es z. B. die Arbeiter im Saargebiet taten. Sehr fatal, wenn man nicht viel aufzugeben hat. Aber der wackerer Berliner sucht sich mit „Flugschreiben“ in den „Arbeiter“ Nr. 10 vom 20. Mai unter der Überschrift „Lohnverhöhung der Saarbergleute“: „Unsere katholische Berufsorganisation der Bergarbeiter, die während des Krieges sich wiederholt mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Bergarbeiter eingehend und erfolgreich beschäftigte, hatte im April d. J. gemeinsam mit anderen Organisationen eine neue Eingabe an die staatliche Verwaltung gerichtet. Die Eingabe hätte einen guten Erfolg.“

Unumstößlich wahr ist nur der letzte Satz. Bei den übrigen Sätzen sind wir so lebenswichtig, dem Erinnerungsbild des „Arbeiters“ etwas nachzuhelfen bezügl. den Bericht tendenziell zu verbessern, was wir ja gern tun. Die Lohnbewegung für die Zehnermetallarbeiter ist vom christlichen Metallarbeiterverband und für die Bergarbeiter vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter eingeleitet und durchgeführt worden. Seine andere Organisation hat irgend ein Schriftstück mit unterzeichnet, also auch die katholische Berufsorganisation nicht. In den Verhandlungen auf der Kriegskommission am 18. April hat ebenfalls kein Vertreter dieser Organisation teilgenommen. Die Sachabteilungen wollten sich also einmal wieder mit fremden Federn schmücken, was ihnen nun freilich sehr daneben gelungen ist.

Im übrigen aber mögen es sich unsere Kollegen gut merken, daß die Sachabteilungen mit den Gelben an einem Strang ziehen. Das beste Mittel, diesen Verbänden entgegen zu treten, liegt in einer starken gewerkschaftlichen Organisation, wie sie unser Verband darstellt.

**Grün ist alle Theorie,**

so denkt Herr Branting, schwedischer Sozialistenführer, Emmentreuer und Deutschengegner, und bereitet dafür lieber Subventionen und Kapitaljammern. Er versucht zwar die kapitalistische Wirtschaftsordnung und den Kapitalismus, doch seine Gelder nimmt er gern. Der bekannte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Lench schreibt diesem sozialistischen Generalagenten der Unterteile in Schweden in der „Stufe“ verdiente Worte ins Stammbuch. Er zeigt tatsächlich das ganze Puppenhafte der Stockholmer Arbeiterkonferenz, wenn man bedenkt, daß ausgeredet Branting, der die Konferenz leitete, durch die Veröffentlichung der Berichte des Schwedischer Präsidenten Hoffmann unter allen Umständen den Krieg in die Länge zog. Ein paar internationaler Phrasen mußten den Demantel zu dieser Zeit abgeben, aber man dürfte nicht fehlgehen in der Annahme, daß bei dem geriebenen sozialistischen Führer Besinnung andere Motive ausschlaggebender gewesen seien, denn er ist schließlich doch ein so großer Geldgeschäftsman. Dr. Lench weiß in seinem Artikel darauf hin, daß Branting sich in seiner Presse launisch über Handelsstrategien bedenklich äußert. Das schwedische Bürgerium zieht aus dem englisch-schwedischen Durchgangsverkehr während des Krieges gewaltige Vorteile. Die schwedische Sozialdemokratie ist die Stütze der sogenannten „Neuen Front“ mit diesen launischen Handelsstrategien eng verflochten. Die Front sollte eine der sozialdemokratischen Parteimatern sein, um die getrennten Kräfte der Partei unter eine einheitliche Fahnenlinie zu stellen. Sie sollte die leitungsunternehmungen führen und an Arbeiter billige Darlehen geben. Der Erfolg war, daß alle Parteiführer und alle Zeitungen in kurzer Zeit der „Neuen Front“ tief verfallen waren. Die „Neue Front“ bezog sich im Verein mit kapitalistischen Finanzgruppen sehr lebhaft am englisch-schwedischen Durchgangsverkehr. Das dieser Schweden ergibt sich, daß die schwedische Arbeiterorganisation der Sozialdemokratie wirtschaftlich völlig von der „Neuen Front“ abhängig ist und die „Neue Front“ wiederum von dem ungeschickten russisch-englischen Verkehr über Schweden nach Frankreich. Der Ausbruch der russischen Revolution hat die Selbständigkeit Frankreichs greifbar nach gerückt. Ein solches russisches Frankreich aber würde der kapitalistischen Welt in Schweden sehr bald ein Ende machen. Zeitungsbericht. Dr. Lench meint, daß jedenfalls aus diesen Umständen heraus Branting ein autoritärer Feind sinnlicher Selbständigkeit ist.

Die „Internationalen“ muß doch merkwürdig kleinberouen gewesen sein, als sie ausgerichtet wurden. Kapitän vom reinen Wasser zum Sorgenben in Stockholm wußte, wo man sich weidlich darüber ereignen, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung diesen ungeschickten Krieg entzweit habe. Da man auch daran dachte, daß der Vater

vom Ganzen alle sozialistischen Wähler-freigabebeben ruhig zum alten Eisen legt. (siehe Jügend), wenn es um seine Kapitalien geht. Dasselbe lernt man in Deutschland, die internationalen Arbeiterbewegungen ist zu befehlen und statt mit diesen zu diskutieren, lieber mit Deutschen deutlich zu fühlen. Die „Internationalen“, das hat der Weltkrieg gezeigt, ist die Todesfeindin Deutschlands und damit auch der deutschen Arbeiterschaft. Das sollte der Teil der deutschen Arbeiterschaft, dem sozial dem „Internationalismus“ vorgebetet wird, bedenken. Nur ein starkes Deutschland bietet dem Arbeiter eine Stütze, wie er sie braucht.

**Bekanntmachung des Vorstandes**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 13. Juli der 29. Wochenbeitrag für die Zeit vom 15.—21. Juli fällig.

Arbeitsunterstützung.

Die Mitglieder werden erucht darauf hinzuwirken, daß sie in allen Unterhaltungsstellen sich sofort beim Vorstand der Fortbildungsgesellschaft zu melden und ihr Mitgliedsbuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Karenzzeit wird nicht für die zurückbleibende Zeit sondern nur vom Tag der Meldung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in der Weise der Unterbringung kommen wollen.

**Aus dem Verbandsgebiet**

Kürstern. Die hiesigen hiesigen Bezirksleiter sind am ersten Juli-Tage in Nürnberg statt. Vertreten waren 21 Gruppen. Die wichtigsten Verhältnisse haben die Teilnehmer für manche Gruppen erfahren oder gar unmittelbar gemacht. In der Nachbarschaft Nürnbergs hätte jedoch jede Gruppe vertreten sein müssen. Von Erlangen und Passau wäre es ein Gebot gewesen, für eine Vertretung Sorge zu tragen. Dem Jahresbericht des Bezirksleiters Kollegen Kowald ist folgendes entnehmen:

Trotzdem das dritte Kriegsjahr zu Ende geht, ist es der Uebermacht der lebendigen Hoffnungen nicht gelungen, unsere eigene Arbeit zu durchbrechen, um deutsche Volksgenossen niedrigerzustellen. Fast hat es den Anschein, als sei mit der Länge des Krieges ein Beharrungsstand eingetreten, der keinerlei Veränderungen mehr bringt. Dennoch ist das Berichtsjahr besonders für die Metallarbeiter bedeutungsvoll, es brachte einen wichtigen Kundendienstprozeß, der sich immer mehr etabliert darstellt. In den ersten Kriegsjahren wurde die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse als bald vorübergehende Erscheinungen gewertet, alle Hoffnung richtete sich auf das Kriegsende, von dem man die Wiederkehr der alten friedgewohnten Verhältnisse erwartete. Diese Hoffnung hat sich nun gründlich verflüchtigt, jeder halbwegs bewußte Arbeiter weiß heute, daß mit dem Kriegsende die Arbeiterfrage nur vor neue Schwierigkeiten führt und daß es allernächste Jahr ist, sich nicht auf die Zukunft zu verlassen, sondern sich schon jetzt auf die harte Wirklichkeit des Alltags einzustellen. In erster Linie gelte es, erhebliche Erleichterungsbedingungen zu schaffen. Diese Erleichterung hat sich besonders bei der geistig regsameren Arbeiterschaft durchgesetzt, zumal, wenn die reichlichen Gewinne der Industrie den Weg zeigten, den die Arbeiterfrage gehen muß.

Die hiesigen Metallarbeiter hat tatsächlich glänzende Ergebnisse aufzuweisen. In Franken: Die Arbeiter neben reichlichen Zuschüssen und Arbeitsstunden sind keine Zehner mehr. Auch die Exportindustrie hat sich größtenteils auf lohnende Arbeiterschaft berufen. So erweist sich die finanzielle Mithilfe der Industrie für die Volkswirtschaft ist, so darf das hiesige deutsche Kapital, die deutsche Arbeitskraft, nicht vergaß werden, wo eine bessere Regelung möglich ist. Eine Vergütung der Arbeiter ist nicht denkbar, wo die Lebenshaltung der Arbeiter nicht ermöglicht, die rationierten Lebensmittel zu kaufen. Wenn jedoch für volle 10-12 Stunden bezahlt wird, dann ist es, wie soll die ungelohnte Arbeiter sich aussen kommen. Aber auch in industriellen Betrieben: Bayern. In Nürnberg, haben die Metallarbeiter zum großen Teil nach recht erhebliche Löhne. In einem Großbetrieb der Nürnberger Metallverarbeitung bekommen erwachsene Arbeiterinnen und Stundensöhne mit 10 bis 12 bis 15 Stunden, sind doch 80 oder gar 90 Prozent unorganisiert.

Die Arbeiterbewegung wurde während des Krieges in neue Bahnen gelenkt. Das Eingehen und Verhandlungswesen nahm einen höheren Raum als früher ein, dazu kommt die Arbeit in den Selbsthilfekommissionen. Der Berichtsjahr waren 15 Bewegungen zu verzeichnen, wobei die Wochenlöhne der Beschäftigten durchschnittlich um 3,90 Mark erhöht werden konnten. Im Allgemeinen sind die Wochenlöhne noch zum weitaus größten Teil hinter der Forderung zurückgeblieben. Das Berichtsjahr brachte in Bayern die Einführung der Sozialhöhe und Arbeitsgemeinschaft, die am Jahresende vom Hilfsdienstgesetz abgelöst wurden. Seit mehr als früher wurden zur Beratung in Bezirksgruppen, Arbeitsgruppen, Lebensmittelförderung usw. die Funktionäre in Anspruch genommen. Dem einzelnen Arbeiter ist es außerdem unmöglich, in der Laborarbeit von Verfügungen und Bestimmungen sich gerecht zu finden. In der Ernährungsfrage ergab sich je nach den örtlichen Verhältnissen eine ungenügende Teilzeit, die sich teilweise auf drei Gebiete erstreckt, Kommissionsarbeit zur Vertiefung der Lebensmittel, Verteilungswesen und schließlich direkte Verhandlung von Lebensmittel (Kartoffel, Kraut usw.) Direktarbeit, besonders in der Dampflok, ist nach der Statistik hin, der Kampf der Arbeiterkategorien oder Klassen erlebte.

Abschließend der Hilfsdienstgesetz war im 2. Vierteljahr 1918 der volle Stand erreicht. Zudem ging es im Berichtsjahr vorwärts, wenn auch in erst geringem Maße. Im Jahresbericht war gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg von 122 Mitgliedern zu verzeichnen. Dieses Ergebnis ist besonders deshalb so bemerkenswert, weil einige Gruppen an dem Konflikt noch nicht teilgenommen haben. Insgesamt ist im ersten Quartal 1917 eine höhere Ent-

wicklung zu bezeichnen. Da ein großer Teil der Mitglieder sich um keine Organisationsarbeit angenommen hat, ging nicht selten auch das richtige Augenmaß für die finanzielle Leistungen verloren. Es ist deshalb von Interesse festzustellen, daß der Aufwand an Unterstützungen im bayer. Verbandbezirk in den drei Kriegsjahren (1914—16) 101 173 Mark erforderte. Der Berichtsjahr schloß seine Unterstützungen mit einem warmen Appell zielbewußt an der Besserung der Lage zu arbeiten und in der Opferwilligkeit für unseren Arbeiterstand es den Kämpfern fürs Vaterland gleich zu tun.

Kollege Jünger behandelte sodann unsere Aufgaben im Laborwesen. Diese Frage müsse jetzt überall mehr in den Vordergrund treten, um die Löhne mit der Teuerung besser in Einklang zu bringen, als es bisher geschehen sei. Das Vaterland könne keine gedauerten radikalen Schwächer brauchen, es verlangt jetzt äußerste Pflückfüllung und diese dazwischen die Möglichkeit, auch die Arbeiterrechte zu wahren. Tatsächlich kann man dort die radikalsten Töne hören, wo die Arbeiterschaft es am wenigsten verstanden hat, ihre Rechte auf geschicklichem Wege wahrzunehmen. Eine unbedingte Voraussetzung um Erfolge zu erzielen, sei die fachkundige Beratung und Geschlossenheit der Arbeiter durch die Organisation. Ueber das Kapitel Agitation und Mitarbeiterfrage sprach Kollege Jünger. Er beleuchtete an Hand praktischer Erfahrungen die verschiedenen Möglichkeiten der Verarbeit. Es dürfe nicht alles dem Zufall überlassen bleiben. Planmäßige Vorarbeit führe am sichersten zum Erfolg. Unter den Arbeiterinnen werde am erfolgreichsten von den Kollegen selbst gearbeitet, wenn auch die wechselseitige Unterstützung nicht zu entbehren ist. Der alljährliche Wert müsse darauf gelegt werden, daß nicht nur einige wenige, sondern möglichst alle Mitglieder sich an der Verarbeit beteiligen. Erfolge auf diesem Gebiete sind die besten Vorbildungen zur Verbesserung unserer Lage. In rege Ausdrücke wurden sodann die Verhältnisse der verschiedenen bayer. Industriebezirke erörtert. Beurteilt wurde die in großen Werken eingeriffene Unjustiz, Straflinge neben die Arbeiter zu stellen, hier müsse die Beschäftigung in getrennten Abteilungen verlangt werden. Von den an der Versammlung teilnehmenden Kolleginnen wurde auf die teilweise noch sehr schlechten Arbeiterinnenlöhne hingewiesen und festgestellt, daß bei guter Organisation und sachlicher Regelung viel bessere Löhne erzielt werden. Ein Delegierter aus Amberg nahm Bezug auf eine in der Tagespresse erschienene maßlose Ueberschreibung der Arbeiterlöhne und erklärte, der ihm bekannte Höchsthöhe eines qualifizierten Arbeiters hat einschließlich zahlreicher Ueberstunden und Sonntagsarbeit 3300 Mark Jahresverdienst erreicht. (Auf dieses Kapitel wird noch zurückgegriffen.) Beauftragte von mehreren Delegierten wurde die Stärkung der Volkskassen durch erhöhte Volksbeiträge. Verlangt wurde außerdem die Aufstellung eines größeren Stabes von Vertrauenspersonen.

In hohem Maße schloß der Verbandsvorsitzende Kollege Jünger ein Bild dessen, was das deutsche Volk in diesem weltgeschichtlichen Ringen geleistet habe. Gewiß können drei Jahre Weltkrieg nicht spurlos am Volkleben vorübergehen, er lege naturgemäß schwere Opfer auf. Was jedoch das deutsche Volk geleistet habe in Kampf, Mühsal und Organisation sehe in der Geschichte einzig riesengroß dar. Keine andere Nation kann gleiche Leistungen aufweisen. Nur so konnte Deutschland mehr als einer halben Welt Trost bieten. Die Arbeiterschaft hat die Aufgabe neben nationaler Pflichterfüllung dafür zu sorgen, daß der Arbeiterstand vor Elend nicht verfallende, vielmehr die ihm gebührende Stellung einnimmt. Die Arbeiterinnen nehmen in der Metallindustrie einen wichtigen Platz ein, aus ihrer Mitte müssen Führerinnen entstehen. Wo sich immer in der Arbeiterschaft zu neuerer Pflichterfüllung und Opferbereitschaft das Standesbewußtsein finde, werde sich die Arbeiterschaft Anerkennung verschaffen und ihre berechtigten Forderungen durchsetzen. Kollege Trochmann schloß die Konferenz mit dem Appell, in allen Gruppen dafür Sorge zu tragen, daß die Konferenz ihre Früchte zeitige.

Kollegen und Kolleginnen im bayer. Bezirk! Raum eine Zeit hat uns größere Aufgaben gestellt als die gegenwärtige. Von der glücklichen Lösung dieser Aufgaben hängt für die Zukunft unseres Arbeiterlandes unendlich viel ab. Wer wollte sich da bei der Verbandsarbeit abseits stellen und sagen, er habe keine Zeit oder kein Gedächtnis? Nur eines ist notwendig: der Wille! Geht deshalb alle mit, dann werden wir auch im bayer. Verbandbezirk einen härteren Kampf für unsere Arbeiterinteressen schaffen.

**Versammlungs-Kalender**

- Samstag, den 11. Juli 1917. Duisburg-Bez. 7 Uhr bei Jansen.
- Sonntag, den 15. Juli 1917. Gelsenkirchen. 10.30 Uhr bei Dittes, Vereinsstr. 39, Jugendversammlung.
- Duisburg-Bez. 5 Uhr bei Marie Kalland.
- Düsseldorf. Ausflug nach Opprathen und Versammlung bei Jochenbusch. Referent: Redakteur Karl Wicher.
- Erzfeld. Mitgliederversammlung. Nächste durch Einladung.
- Sonntag, den 22. Juli 1917. Sektion Oberhausen. 4.30 Uhr Versammlung. Vorstandes. Referent: Karl Jochenbusch, Marktstr.

**Geldbeingänge bei der Hauptkassa**

Geldbeingänge im Juni.

Menden	800,-	4	Coln	2500,-	4
Wolfsbühl	785,-		Solingen	1000,-	
Industrieamt	19,75		W.-Gladbach	1200,-	
Essen	3000,-		Dipe	300,-	
Düsseldorf	100,-		Dinklage	130,-	
Jugendamt	10,15		Renssbg.-Weingarten	85,-	
Braunschw.	50,-		Hamburg	200,-	
Dortmund	50,-		Osnaabrück	300,-	
Siegen	300,-		Gelsenkirchen	1000,-	
Köln	1000,-		Stegen	4000,-	
Süd	150,-		Gmund	120,-	
Düsseldorf	1100,-		Hagen	1500,-	
Gelsenkirchen	500,-		Berlin	300,-	
Menden	1000,-		Münster	300,-	
Dort	200,-		Schoppau	13,45	
Dort	500,-				